

Protokoll Grüne Land-Bezirke-Runde Ordnungsamt 22.06.2022

TOP 2 Zuständigkeitsfragen und Aufstellung bei der Gewerbeüberwachung

Studie der HWR: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/gewerberecht/gewerbeueberwachung/>

- Mängel in der Ausbildung bei der Polizei, keine festgelegten Standards, keine gesetzlichen Gebote, welche Gewerbe kontrolliert werden. Mittlerweile keine spezifische GAD-Ausbildung bei der Polizei Berlin vorhanden
- polizeiliche Zielsetzungen vermischen/verschieben den Fokus mit den Zielen der Gewerbeüberwachung
- Zudem personelle Unterausstattung des GAD (knapp über 100 Stellen für ganz Berlin)

Debattenstand:

- Diskussion auf Grundlage Studie zur Einführung eines eigenen Landesamtes zur Gewerbeüberwachung bzw. Angliederung LABO; Klärung mit Zuständigkeiten bzw. besserer Effizienz in Bezirken (z.B. Gaststätten) erforderlich
- Seit 2022 ist eine Lösung auf Senatsebene in Arbeit mit diversen Runden zwischen SenWEB und SenInnen sowie Bezirken
- Aktueller Stand (März 23): Wunsch von Seiten der Polizei, die Gewerbeüberwachung abzugeben. Es scheint sich abzuzeichnen, dass ein Teil auf Landesebene beim LABO landet (bspw. Glücksspiel, Immobilien), bestimmte Bereiche sollen in die Verantwortlichkeit der Bezirke gehen (Kriterium: räumlicher Bezug), genaue Aufteilung wäre noch zu klären.
- Unklar, ob neue Koa dies weiter vorantreibt
- Wird spätestens Thema in der AZG-Reform

Diskussion, Problemanzeigen und Berichte der Bezirke:

- Lbg: Großes Personalproblem → unbesetzte Stellen und hoher Krankenstand. Grundsätzlich sinnvoll, GAD von der Polizei wegzunehmen, dafür bedarf es Verbesserung der Personalsituation (Konnexitätsprinzip)
- Mitte: Antrag zu diskriminierungsfreien und rechtsstaatlichen Gewerbekontrollen: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=11626#searchword>
- Neukölln: Gewerbeüberwachung einfach nur ins Ordnungsamt legen löst das Problem nicht. Daher: klare handlungsleitende Richtlinien für Diskriminierungsfreiheit. Bedarf im Bezirk: Personal und Digitalisierung, Wunsch nach Schulungen zu Diskriminierungssensibilität
- Großes Problem: Sehr viele Beteiligte (sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene)

Zentrales Ziel sollte sein: Gerechte Überwachung - Interessen von Verbraucher*innen oder der öffentlichen Ordnung zu sichern (z.B. Gesundheitsstandards, Flächen, Lärm, etc)

Ergebnis: Rücksprache mit grünen OA-Stadträt*innen zu Positionierung, Harmonisierung weiteres Vorgehen mit Blick auf Verlagerung/AZG

TOP 3 Verkehrsüberwachung

Bericht aus dem AGH:

- Es wurde laut SenInnen eine Einigung zur Verstetigung des VÜD erzielt.
- Keine Priorität von SenInnen zu erwarten bei Digitale Parkraumüberwachung (Scan Cars) + Digitalisierung + Finanzierung Bußgeldstelle (Nadelöhr)
- Keine großen Entwicklungen im Sinne der Bezirke in HH 24/25 zu erwarten

- Notwendige StVO/StVG-Änderung auf Bundesebene zur Dig. Parkraumbewirtschaftung trotz Vereinbarung in Ampel-KOA Vertrag zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich
- Bei Beschaffung von Parkautomaten darauf achten, dass diese umgestellt werden können (Hier bei Bedarf mehr Informationen vom BA Mitte erfragen)

Diskussion, Problemanzeigen und Berichte der Bezirke:

- Problem aus Neukölln: Mangel an Ausbildungskapazitäten, sowohl was Dozent*innen als auch die Ausbildungsplätze angeht.

- Antrag aus Mitte „Verkehrssicherheit erhöhen - Mehr Geschwindigkeitskontrollen durchführen“:

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=11629#allrisSV>

→ Angebot von AGH-Ebene: Wenn in Bezirken Fragen entstehen, die die Landesebene betreffen, kann sich gerne für schriftliche Anfragen und die Haushaltsberatungen gemeldet werden.

TOP 4 Neues aus den Bezirken

- Thema Schankvorgärten → Frage, welche Bedingungen Spätis in anderen Bezirken erfüllen müssen, um Schankvorgärten betreiben zu dürfen, vor allem, ob sie Toiletten haben müssen → Wenn es hier Erkenntnisse aus anderen Bezirken gibt, meldet euch dazu gerne an die Runde.

- Meldung aus Neukölln: Umweltbelastung durch Karneval der Kulturen als Thema

→ Hinweis von AGH-Seite, dass Problematiken mit Müll/Umwelt von Bezirksseite bei der Erarbeitung eines Veranstaltungssicherheitsgesetzes (Ankündigung KOA) mit eingebracht werden könnten.

TOP 5 Sonstiges

- Hinweis von Vasili: Bodycams sollen auch für die Ordnungsämter kommen, AGH sieht das kritisch alleine aufgrund Kosten-Nutzen-Verhältnis, Abstimmung mit Bezirken bei Vorlage der Gesetzesänderung wird gesucht

Bericht von Filiz zum Thema Bodycam: es gab eine Abfrage bei den Stadträt*innen mit sehr kurzer Rückmeldefrist. Bodycam in den OAs soll auch im Gesetz verankert werden.

- Hinweis Antrag aus Mitte („Außengastronomie auf Parkbuchten dauerhaft möglich machen“):
<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=11400#searchword>